

N i e d e r s c h r i f t
über den öffentlichen Teil der 43. Sitzung
des Petitionsausschusses
am 5. November 2025
Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Eingaben 00950/89/19, 01123/89/19, 01130/89/19, 01157/89/19, 01174/89/19,
01183/89/19, 01188/89/19, 01200/89/19, 01203/89/19, 01224/89/19

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Rüdiger Kauroff (SPD), Vorsitzender
2. Abg. Julius Schneider (i. V. des Abg. Marten Gäde) (SPD)
3. Abg. Antonia Hillberg (SPD)
4. Abg. Jan Henner Putzier (SPD)
5. Abg. Julia Retzlaff (SPD)
6. Abg. Annette Schütze (SPD)
7. Abg. Jan Bauer (CDU)
8. Abg. Veronika Bode (CDU)
9. Abg. Saskia Buschmann (CDU)
10. Abg. Dr. Karl-Ludwig von Danwitz (CDU)
11. Abg. Sina Maria Beckmann (GRÜNE)
12. Abg. Nicolas Mülbrecht Breer (GRÜNE)
13. Abg. Thorsten Paul Moriße (i. V. des Abg. Holger Kühnlenz) (AfD)

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsoberamtsrat Diedrich,
Regierungsoberamtsrat Gutzler,
Regierungsrat Weigel,
Beschäftigte Peterek.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Dr. Bäse, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 14:02 Uhr bis 14:41 Uhr.

Tagesordnung:

Eingaben

Eingabe 00950/89/19

*Landesbezirksfrauenrat ver.di Niedersachsen/Bremen, Friederike Wolf, 30159 Hannover
Betr. Internationaler Frauentag am 8. März als gesetzlicher Feiertag in Niedersachsen*

Berichterstatterin Abg. **Annette Schütze** (SPD) stellt ihren Beschlussvorschlag vor, der erst nach Versand der Einladung zur Sitzung erstellt worden sei:

„Der Niedersächsische Landtag begrüßt die Initiative des Landesbezirksfrauenrats ver.di Niedersachsen/Bremen, den Zielsetzungen des Koalitionsvertrages von SPD und Grünen Rechnung zu tragen. Vor diesem Hintergrund empfiehlt der Landtag, dass Gespräche mit gesellschaftlichen Akteuren (Arbeitgebenden- und Arbeitnehmendenverbände) geführt werden sollen, um zu prüfen, ob der 8. März (Weltfrauentag) als ein weiterer weltlicher, gesetzlicher Feiertag eingeführt werden soll. Dabei soll auch eine mögliche Bundesratsinitiative berücksichtigt werden. Der Landtag überweist daher die Eingabe der Landesregierung zur Erwägung. Im Übrigen ist die Einsenderin über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.“

Die SPD-Fraktion begleite den Vorschlag, den 8. März zum Feiertag zu erheben, mit viel Sympathie. Allerdings sei auch die gegenwärtige problematische wirtschaftliche Situation zu sehen, die die Umsetzung dieses Vorhabens sehr schwierig erscheinen lasse. Von daher solle die Landesregierung mit „Erwägung“ um eine Prüfung gebeten werden, ob dieser Feiertag eingeführt werden könne und solle.

Abg. **Nicolas Mülbrecht Breer** (GRÜNE) unterstützt diesen Vorschlag und hebt hervor, dass damit einem im Koalitionsvertrag formulierten Prüfauftrag entsprochen werden könne.

Abg. **Veronika Bode** (CDU) berichtet, ihre Fraktion habe die für und gegen die Einführung eines zusätzlichen Feiertags sprechenden Argumente abgewogen, auch in einem Gespräch mit der Petentin. Besonderes Gewicht für die Entscheidung über einen Beschlussvorschlag habe neben der bereits von ihrer Vorednerin angesprochenen wirtschaftlichen Lage diese Aussage aus der Stellungnahme der Landesregierung:

„Die Landesregierung sieht derzeit keinen Anlass, ein erneutes Gesetzgebungsverfahren zur Einführung eines weiteren dauerhaften gesetzlichen Feiertags einzuleiten.“

Mit dem vorgestellten Beschlussvorschlag würde der Landesregierung die Aufgabe zugewiesen, die Einführung eines weiteren Feiertags zu prüfen. Es erscheine zweifelhaft, dass dies der mit der Petition verfolgten Intention entspreche.

Die CDU-Fraktion erhalte ihren Vorschlag „Sach- und Rechtslage“ aufrecht.

Vors. Abg. **Rüdiger Kauroff** (SPD) lässt zunächst über die weitergehende Beschlussempfehlung, den von Berichterstatterin Abg. **Annette Schütze** (SPD) vorgetragenen Text, abstimmen.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag die Annahme des von Berichterstatterin Abg. Schütze vorgelegten Textes.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU, AfD

Enthaltung: -

Eingabe 01123/89/19

Elvira Grube, Leibniz Universität Hannover, 30167 Hannover

Betr. Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz (NPersVG), Übertragung der Zuständigkeit bei Streitigkeiten zwischen Personalräten und Dienststellen auf die Arbeitsgerichtsbarkeit

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag folgenden Beschluss:

Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Eingabe 01130/89/19

Andreas Peter, 26954 Nordenham

Betr. Sicherstellung der medizinischen Notfallversorgung im Landkreis Wesermarsch

Berichterstatterin Abg. **Antonia Hillberg** (SPD) weist darauf hin, dass in der Petitionsakte als Beschlussvorschlag von Berichterstatter Dr. von Danwitz „Material sowie Sach- und Rechtslage“ vermerkt sei, nicht nur - wie in Anlage 2 zur Einladung dargestellt - „Sach- und Rechtslage“. Dieser ausführlicheren Beschlussempfehlung schließe sie sich an.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag folgenden Beschluss:

Die Eingabe wird der Landesregierung als Material überwiesen. Im Übrigen ist der Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: -

Enthaltung: -

nicht beteiligt: AfD

Eingabe 01157/89/19

Thore Guse, 31595 Steyerberg

Betr. Einführung eines Alterswertfaktors bei der Berechnung der Grundsteuer im Niedersächsischen Grundsteuergesetz (NGrStG)

Berichterstatterin Abg. **Antonia Hillberg** (SPD) schließt sich dem Beschlussvorschlag von Berichterstatter Frölich an.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag folgenden Beschluss:

Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Eingabe 01174/89/19

Faisal Zandin, 30163 Hannover

Betr. Aufenthaltsrecht für Jesiden (Jeziden/Eziden/Yeziden) und Aussetzung der Abschiebung in den Irak

Berichterstatterin Abg. **Saskia Buschmann** (CDU) erläutert, ihre Fraktion sehe keine Möglichkeit, sich für das Anliegen des Einsenders zu verwenden, weil die Voraussetzungen für die Erteilung eines Aufenthaltsrechts für Jesiden derzeit auf der Bundesebene nicht vorlägen; denn der Bund sei für die dafür erforderlichen Rahmenprogramme zuständig. Dies sollte dem Petenten erläutert werden.

Berichterstatterin Abg. **Annette Schütze** (SPD) erklärt, ihre Fraktion sehe die Problemlage ähnlich, allerdings mit dem Unterschied, dass das Land grundsätzlich eine eigene Möglichkeit habe, Abschiebungen von Jesiden in den Irak auszusetzen, die aber derzeit nicht genutzt werde, sodass die Rechtslage auf der Bundesebene zum Tragen komme. Dies sollte dem Petenten erläutert werden. Insofern biete sich „keine Möglichkeit sowie Sach- und Rechtslage“ an. - Berichterstatterin Abg. **Saskia Buschmann** (CDU) stimmt diesem Vorschlag zu.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag folgenden Beschluss:

Der Landtag sieht keine Möglichkeit, sich für das Anliegen des Einsenders zu verwenden.

Im Übrigen ist der Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Eingabe 01183/89/19

Walther Schäfer, 26382 Wilhelmshaven

Betr. Betreuungsplätze für behinderte Erwachsene mit herausforderndem Verhalten

Berichterstatter Abg. **Nicolas Mülbrecht Breer** (GRÜNE) stellt seine neue Beschlussempfehlung vor:

„Der Landtag stellt fest, dass Anpassungen von Vergütungen, Personalschlüsseln sowie die Einrichtung zusätzlicher bzw. gesonderter Hilfebedarfsgruppen nicht einseitig durch das Land erfolgen, sondern im Rahmen der Gemeinsamen Kommission SGB IX (GK ü18) und des Rahmenvertrags nach § 331 SGB IX (RV ü18) zwischen den Vertragspartnern zu vereinbaren sind. Der Landtag unterstützt vor diesem Hintergrund die mit der Eingabe verbundene Zielrichtung, eine bedarfsgerechte Versorgung für erwachsene Menschen mit Behinderungen und besonders herausforderndem Verhalten zu gewährleisten - einschließlich einer angemessenen Finanzierung der hierfür erforderlichen Leistungen sowie, wo angezeigt, der Implementierung zusätzlicher/gesonderter Hilfebedarfsgruppen. Er bittet die Landesregierung, sich in der GK ü18 gegenüber den Rahmenvertragspartnern weiterhin nachdrücklich dafür einzusetzen, dass eine angemessene Anpassung der Vergütungen erfolgt und ggf. auch neue Hilfebedarfsgruppen eingerichtet werden.“

Die Eingabe wird der Landesregierung zur Erwägung überwiesen. Im Übrigen ist der Einsender über die Sach- und Rechtslage zu informieren.“

Abg. **Veronika Bode** (CDU) plädiert für die Annahme des Beschlussvorschlags von Berichterstatter Abg. Dr. von Danwitz - Erwägung -, der letztendlich bei der Landesregierung zur gleichen Wirkung führe. Grundsätzlich plädiere sie im Übrigen dafür, nur in Ausnahmefällen von den vorformulierten Beschlussempfehlungen abzuweichen.

Abg. **Annette Schütze** (SPD) räumt ein, dass der Text, mit dem „Erwägung mit Sach- und Rechtslage“ ergänzt werde, kompliziert sei, was aber der Faktenlage entspreche. Sie unterstützt den Beschlussvorschlag von Berichterstatter Abg. Mülbrecht Breer, denn es gehe um erwachsene mit Behinderungen, deren Betreuung so herausfordernd sei, dass ihre Familien dies nicht leisten könnten. Nur wenige Einrichtungen nähmen solche erwachsene auf, und diese würden häufig nicht adäquat bezahlt, sodass es in der Praxis Verhandlungssache sei, dass die Vergütung des Leistungserbringers so gestaltet sei, dass er kein Defizit mit der Betreuung eines erwachsenen mache. Es gehe also um eine Einzelfalllösung. Der Petent bringe ein Thema vor, für das eine allgemeine Lösung gefunden werden müsse. Gleichzeitig sei zu vermeiden, dass das MS in besonderen Fällen, in denen dieses allgemeine Verfahren nicht zu einer Lösung führe, in eine automatische Leistungspflicht komme. „Erwägung“ impliziere aber genau das. Deshalb sei der Zusatztext formuliert worden.

Vors. Abg. **Rüdiger Kauroff** (SPD) lässt zunächst über die weitergehende Beschlussempfehlung, den von Berichterstatter Abg. Mülbrecht Breer vorgetragenen Text, abstimmen.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag die Annahme des von Berichterstatter Abg. Mülbrecht Breer vorgelegten Entwurfs.

Zustimmung: SPD, GRÜNE, AfD

Ablehnung: CDU

Enthaltung: -

Eingabe 01188/89/19

Andrea Waskow, 30890 Barsinghausen

Betr. Verbot des organisierten/erwerbsmäßigen Bettelns mit Hunden

Berichterstatterin Abg. **Antonia Hillberg** (SPD) schließt sich dem Beschlussvorschlag von Berichterstatter Abg. Kühnlenz an.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag folgenden Beschluss:

Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Eingabe 01200/89/19

Soja Wensler, 38378 Warberg

Betr. Vorführung von Filmen an „stillen“ Feiertagen

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag folgenden Beschluss:

Der Landtag sieht keinen Anlass, sich für das Anliegen der Einsenderin zu verwenden. Im Übrigen soll die Stellungnahme des Fachministeriums der Einsenderin übersandt werden.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Eingabe 01203/89/19

Bärbel Bosse, 49176 Hilter

Betr. Einführung eines Gedenktages für die Heimatvertriebenen und die unter den Folgen des Zweiten Weltkrieges Verstorbenen in Niedersachsen

Berichterstatterin Abg. **Julia Retzlaff** (SPD) weist zur Begründung ihres Beschlussvorschlags darauf hin, dass das Anliegen der Petentin zwar grundsätzlich positiv gesehen werde, aber mit dem 20. Juni, dem Weltflüchtlingstag, bereits ein bundesweiter Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung bestehe. Das Gedenken an die Schicksale der Opfer von Flucht und Vertreibung der unter den Folgen des Zweiten Weltkrieges Verstorbenen in Niedersachsen sollte aber durchaus akzentuiert werden. Parallel zur bundesweiten Gedenktagekultur sollte aber nicht ein niedersächsischer Gedenktag für diese Gruppe eingerichtet werden.

Berichterstatterin Abg. **Veronika Bode** (CDU) sagt, zunächst habe sie sich dem Votum ihrer Vordnerin angeschlossen. Mittlerweile habe sie nochmals mit der Petentin gesprochen und ihr den Beschlussvorschlag erläutert. Dabei sei deutlich geworden, dass damit dem Grundanliegen der Petentin eben nicht begegnet werde - obwohl das im Beschlussvorschlag betont werde -, weil es ihr eben nicht um eine Stärkung des Weltflüchtlingstags gehe, sondern um ein speziell auf die Heimatvertriebenen und die unter den Folgen des Zweiten Weltkriegs Verstorbenen ausgerichtetes Gedenken. Über die Curricula sollte dies auch den Schülerinnen und Schülern nähergebracht werden. Dem Anliegen der Petentin werde von daher „Material“ gerecht, weshalb sie von der anfangs von ihr mitgetragenen Beschlussempfehlung Abstand nehme.

Berichterstatterin Abg. **Julia Retzlaff** (SPD) zeigt Verständnis für die geäußerten Bedenken und schlägt vor, von daher den zweiten Satz der Beschlussempfehlung wie folgt zu kürzen:

„Eine solche Stärkung würde ~~sowohl dem Grundanliegen der Petentin begegnen als auch~~ die bestehende, bundesweit harmonisierte Gedenkkultur respektieren.“

Das Format des 20. Juni sollte aber im gestärkt werden. Mit dem Votum „Material“ würde man sich zu weit von dieser Zielsetzung entfernen, weil das auf die Einführung eines gesonderten Gedenktages in Niedersachsen hinausliefe. - Berichterstatterin Abg. **Veronika Bode** (CDU) bekräftigt hingegen ihren Beschlussvorschlag „Material“.

Vors. Abg. **Rüdiger Kauroff** (SPD) lässt zunächst über die weitergehende Beschlussempfehlung, den von Berichterstatterin Abg. Retzlaff geänderten Text, abstimmen.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag folgenden Beschluss:

Die Eingabe wird der Landesregierung unter dem Aspekt der Stärkung der bestehenden Formate des 20. Juni in Niedersachsen - etwa durch eine verstärkte landesspezifische Akzentuierung der Heimatvertriebenen-Schicksale - als Material überwiesen. Eine solche Stärkung würde die bestehende, bundesweit harmonisierte Gedenkkultur respektieren. Im Übrigen ist die Einsenderin über die Sach- und Rechtslage zu informieren.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU, AfD

Enthaltung: -

Eingabe 01224/89/19

*Götz Hildebrandt, 26789 Leer
Betr. Beantragung von Bürgergeld online ermöglichen*

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag folgenden Beschluss:

Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -
